

Ausweisrichtlinie

zur

Leistungs- und Strukturhebung für das Kreditwesen

Gem. Verordnung (EU) Nr. 2019/2152 DES EUROPÄISCHEN
PARLAMENTS UND RATES vom 27. November 2019

über europäische

Unternehmensstatistiken, zur Aufhebung von zehn

Rechtsakten im Bereich Unternehmensstatistiken

und

§ 44 Nationalbankgesetz

Versionsübersicht

Version 1.1:

Überarbeitung von Punkt A) 3: Vorlage der Daten der Leistungs- und Strukturerhebung

Version 1.2:

Überarbeitung von Punkt A) 6: Ansprechpartner in der OeNB

Version 1.3:

Überarbeitung von Punkt A) 3: Vorlage der Daten der Leistungs- und Strukturerhebung

Version 1.4:

Überarbeitung von Punkt A) 5: Meldepflichtige Kreditinstitute
und Punkt B) 1: Beschäftigte

Version 1.5:

Einfügen zweier neuer Unterpositionen zur Position „Maschinen und maschinelle Anlagen, Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung“, Streichen der Position „darunter: Wert der mit Finanzierungsleasing beschafften Sachanlagen (=Mietkauf)“.

Version 1.6:

Änderungen bei Ansprechpartnern Version 1.7: Änderungen bei Ansprechpartnern

Version 1.7:

Änderungen bei Ansprechpartnern Version 1.7: Änderungen bei Ansprechpartnern

Version 1.8:

Änderungen bei der Datenübermittlung. Die Daten können via Online-Portal, das sich unter www.myoenb.at befindet, **das letzte Mal** zum Stichtag 2015-12-31 übermittelt werden. Die Meldung zum Stichtag 2016-12-31 kann nur via SRM bzw. connect:Direct entgegengenommen werden.

Version 1.9:

Aufnahme der neuen Position „Jährliche tatsächlich geleistete Arbeitsstunden“ (0013000). Änderung der Positionen „Aufwand für Mieten (von Gebäuden, Maschinen und Transportmitteln)“ (0034000) in „Aufwand für Mieten und Leasing von Gebäuden“ und „Aufwand für Operating Leasing (=Leasingraten für Gebäude, Maschinen und Transportmittel)“ (0035000) in „Aufwand für Mieten und Leasing von Maschinen und Transportmitteln“. Die Position „Aufwand für Finanzierungsleasing (=Leasingraten für Mietkauf von Gebäuden Maschinen und Transportmitteln)“ (0036000) ist nicht mehr zu melden. Des Weiteren entfällt die regionale Gliederung nach Bundesländern zur Position „Zahl der Beschäftigten“ (0011000). Somit sind die Positionen „Burgenland“, „Kärnten“, „Niederösterreich“, „Oberösterreich“, „Salzburg“, „Steiermark“, „Tirol“, „Vorarlberg“, „Wien“ (0011001 bis 0011009) zukünftig nicht mehr zu übermitteln.

I.	ALLGEMEINE BEMERKUNGEN.....	5
1.	RECHTLICHE GRUNDLAGEN	5
2.	ZIEL DER LEISTUNGS- UND STRUKTURERHEBUNG.....	5
3.	VORLAGE DER DATEN DER LEISTUNGS- UND STRUKTURERHEBUNG	5
4.	AUSWEISUNGEN	5
5.	MELDEPFLICHTIGE KREDITINSTITUTE	6
II.	BEGRIFFSBESTIMMUNGEN.....	7
1.	BESCHÄFTIGTE	7
2.	ERLÖSE UND ERTRÄGE	8
3.	AUFWENDUNGEN.....	8
4.	INVESTITIONEN.....	9

I. Allgemeine Bemerkungen

1. Rechtliche Grundlagen

Die aktuellen gesetzlichen Grundlagen der Leistungs- und Strukturhebung sind die Verordnung (EU) Nr. 2019/2152 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND RATES vom 27. November 2019 über europäische Unternehmensstatistiken, zur Aufhebung von zehn Rechtsakten im Bereich Unternehmensstatistiken, sowie die Leistungs- und Strukturstatistikverordnung, BGBl. II Nr. 428/2003 vom 16. September 2003, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 74/2019 vom 18. März 2019.

2. Ziel der Leistungs- und Strukturhebung

Ziel der Leistungs- und Strukturhebung ist es, eine auf einheitlichen Definitionen beruhende international vergleichbare Wirtschaftsstatistik zu erstellen sowie Basisdaten für die Erstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene zu liefern. Um Doppelgleisigkeiten zu vermeiden, werden die Daten der Leistungs- und Strukturhebung für den Bereich der Kreditwirtschaft ausschließlich von der Oesterreichischen Nationalbank erhoben und an die Statistik Austria weitergeleitet.

3. Vorlage der Daten der Leistungs- und Strukturhebung

Die Leistungs- und Strukturhebung ist jährlich, spätestens **9 Monate** nach Ablauf des Kalenderjahres an die Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Integrierte Meldewesenentwicklung und Datenmanagement, zu übermitteln.

Alle Angaben beziehen sich auf ein Wirtschaftsjahr. Heranzuziehen ist jeweils das am 31. Dezember des vorangegangenen Jahres abgeschlossene Wirtschaftsjahr. Bilanziert das Kreditinstitut zu einem abweichenden Wirtschaftsjahr, so sind die Daten für das letzte vor dem 31. Dezember des vorangegangenen Jahres abgeschlossene Wirtschaftsjahr zu melden. War das Unternehmen nicht volle 12 Monate (Rumpfwirtschaftsjahr) tätig, dann ist nur für diese Periode zu berichten.

Die Meldungslegung erfolgt ausschließlich im Meldeformat XML für ein- und mehrdimensionale Erhebungen. Die relevanten Dokumentationen und Hilfestellungen finden Sie auf der OeNB-Homepage unter <https://www.oenb.at/meldewesen/datenaustausch.html>

Jedes Kreditinstitut ist verpflichtet, die Meldung der OeNB inhaltlich richtig zu übermitteln.

4. Ausweisungen

Die einzelnen Positionen sind in Tausend EUR zu melden. Die Positionen „Zahl der Beschäftigten“ und „Zahl der Teilzeitbeschäftigten“ sind in Einern zu melden. Fremdwährungspositionen sind mit

den EZB-Referenzkursen (**Euro foreign exchange reference rate¹**) in die Meldewährung umzurechnen. Für jene Fremdwährungspositionen, für die keine EZB-Referenzkurse veröffentlicht werden, sind die Devisenmittelkurse am Monatsultimo heranzuziehen.

5. Meldepflichtige Kreditinstitute

Meldepflichtig sind alle Kreditinstitute (KI) gemäß § 1 Abs.1 bzw. § 9 BWG, die von der Oesterreichischen Nationalbank ausgewählt wurden.

Die Erhebung der Daten für die Leistungs- und Strukturhebung erfolgt unter Anwendung einer Repräsentativerhebung unter Berücksichtigung einer regionalen Schichtung. Die Daten werden von jenen Banken erhoben, die in Summe einen Repräsentationsgrad von mindestens 80% – gemessen an der unkonsolidierten Gesamtbilanzsumme des österreichischen Bankwesens – aufweisen. Zusätzlich werden die Daten von jeweils 10 Instituten mit der höchsten Bilanzsumme pro Bundesland, sofern sie nicht bereits in der Repräsentativerhebung enthalten sind, erhoben. Die Melder werden von der Oesterreichischen Nationalbank verständigt und auf der OeNB Homepage veröffentlicht.

Unter Anwendung dieser Kriterien sind derzeit 105 Institute meldepflichtig.

¹ Siehe dazu: <http://www.ecb.int/stats/exchange/eurofxref/html/index.en.html>

II. Begriffsbestimmungen

1. Beschäftigte

Zunächst ist die Anzahl der Beschäftigten in Österreich – inklusive Teilzeitbeschäftigte, geringfügig Beschäftigte und Vorstand/Geschäftsleitung, exklusive karenzierte MA und Leasingpersonal – unabhängig von der geleisteten Wochenstundenanzahl (also in „Köpfen“, nicht in MA-Kapazitäten) insgesamt zu melden. Als „hievon“ der Gesamtzahl der Beschäftigten in Österreich ist die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten in ganz Österreich zu melden. Alle Beschäftigtenzahlen sind als Jahresdurchschnittswerte zu melden.

Jährliche tatsächlich geleistete Arbeitsstunden

Unter dieser Position sind alle Zeiten, die zur Produktion von Waren und Dienstleistungen dienen, zu erfassen.

Einzubeziehen sind:

Geleistete Arbeitsstunden während der normalen Arbeitszeit (reguläre Arbeitszeit lt. Kollektivvertrag, falls keine internen Aufzeichnungen vorliegen), bezahlte Mehr- und Überstunden, Nachtarbeit, Sonn- und Feiertagsarbeit/-dienst (unabhängig vom bezahlten Stundensatz), unbezahlte Überstunden und Mehrarbeitszeit (inkl. Mehrstunden, die im Rahmen der geblockten Altersteilzeit geleistet werden), kurze Arbeits- und Ruhepausen (einschließlich Kaffee- oder Teepausen), geleistete Altersteilzeit (siehe dazu weiter unten), von Lehrlingen produktiv gearbeitete Arbeitsstunden.

Nicht einzubeziehen sind:

Kurzarbeit, Quarantäne: nicht gearbeitete Arbeitszeit, bezahlter Urlaub und Ferien, bezahlte Feiertage, Abwesenheit wegen Krankheit, Kuraufenthalt, Pflegefreistellung, Mutterschutz, Katastrophenhilfe, Mehr- und Überstunden, die durch Zeitausgleich abgegolten werden (ausgenommen Mehrstunden, die im Rahmen der geblockten Altersteilzeit geleistet werden), bezahlte, jedoch nicht geleistete Überstunden, nicht entlohnte Abwesenheit wegen Krankheit (ohne Entgeltfortzahlung), nicht geleistete Stunden (bezahlt oder nicht bezahlt) bei Sonderurlaub (Hochzeiten, Begräbnisse, Umzüge, Unfälle, medizinische Untersuchungen), Streik, Aussperrungen, Pausen für das Einnehmen von Hauptmahlzeiten, Wegzeiten, Fahrtzeit zwischen Wohnort und Arbeitsplatz, von Leiharbeitskräften geleistete Arbeitsstunden, Zeit der Ausbildung von Auszubildenden (Ausbildung im Unternehmen, Berufsschulzeiten, Zeit in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten), Fortbildung, Bereitschaft am Arbeitsplatz oder in der Wohnung, Rufbereitschaft.

Es gilt die Regel: geleistete Stunden = bezahlte Stunden plus unbezahlte Arbeitsstunden minus bezahlte Ausfallstunden.

Für **Altersteilzeitbeschäftigte** mit Blockzeitvereinbarung sind in der ersten Phase („Arbeitsphase“) die vereinbarten Stunden (herabgesetzte Arbeitszeit gemäß Altersteilzeitvereinbarung) **und** die geleisteten Mehrstunden anzugeben. In der zweiten Phase („Freizeitphase“) fallen keine Arbeitsstunden mehr an; es schlagen daher 0 geleistete Stunden zu Buche. Im Rahmen des kontinuierlichen Altersteilzeitmodells sind – wie bei anderen

Teilzeitbeschäftigten – über die gesamte Altersteilzeit die in der Berichtsperiode tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden anzugeben.

Kann die genaue Zahl der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden nicht angegeben werden, ist eine **Schätzung** auf Grundlage der **theoretischen** Zahl der Arbeitsstunden oder der **vertraglich** vereinbarten Zahl der Stunden und der durchschnittlichen Fehlzeiten vorzunehmen.

2. Erlöse und Erträge

Der Bewertung sind die buchhalterischen Aufzeichnungen zugrunde zu legen. Alle Wertangaben, für die Umsatzsteuer verrechnet werden konnte, sind netto anzuführen.

Erlöse aus der Vermietung von Gebäuden und Baulichkeiten

Erlöse für die gewerbliche Überlassung von bebauten Grundstücken, Gebäuden, Baulichkeiten und Räumlichkeiten aller Art. Nicht einzubeziehen sind Erlöse aus der Vermietung von beweglichen Gütern sowie die Erlöse aus dem Leasinggeschäft (siehe Erlöse aus sonstigen Leistungen).

Erlöse aus sonstigen Leistungen (aus Nebentätigkeiten)

Erlöse aus sonstigen Leistungen sind (Dienst-) Leistungen (auch aus Nebentätigkeiten bzw. bankfremden Geschäften) wie z.B. solche aus dem Leasinggeschäft, aus Beratungstätigkeiten, Reisebüro­tätigkeiten, aus dem Wechselstübengeschäft, aus dem Kartenverkauf für diverse Veranstaltungen wie z.B. Konzert- oder Theaterkarten, aus der Vermietung von beweglichen Gütern, aus Tätigkeiten im Rahmen der Datenverarbeitung und der Werbung sowie Kostenersatz aus Dienstleistungen, die für andere Unternehmen erbracht wurden.

Erlöse aus dem Verkauf von Sachanlagen

Ausgehen ist von den realisierten Verkaufspreisen, d.h. abzüglich der dem Verkäufer im Zusammenhang mit der Eigentumsübertragung entstandenen Aufwendungen (wie z.B. Honorare oder Provisionen an Sachverständige) und nicht nur vom positiven Gesamtsaldo aus den Buchwerten und den Erlösen der veräußerten Sachanlagen. Nicht einzubeziehen ist die Veräußerung von immateriellen Vermögensgegenständen.

3. Aufwendungen

Falls Aufwendungen verrechnet werden, für welche Vorsteuer in Abzug gebracht wurde, sind diese netto, d.h. ohne Umsatzsteuer anzusetzen. Der Bewertung ist der tatsächliche Kaufpreis abzüglich Skonti, Rabatte und dgl. und einschließlich aller Nebenkosten (inklusive Transportkosten) zugrunde zu legen.

Aufwand für vergebene Reparaturen und Instandhaltungen

Aufwendungen für Reparatur- und Servicedienstleistungen sowie Instandhaltungsarbeiten durch Dritte.

Aufwand für unternehmensfremde Arbeitskräfte (inkl. Provisionen für selbständige Vertreter)

Entschädigungen, die für Leistungen unternehmensfremder Personen bezahlt werden, welche nicht als unselbständig Beschäftigte auf der Lohn- bzw. Gehaltsliste des Unternehmens geführt werden, wie z.B. Entschädigungen für Leihpersonal, Personen mit Werkverträgen und freie Dienstnehmer. Inkludiert sind auch die Provisionen an selbständige Vertreter.

Bezug von Brenn- und Treibstoffen sowie von elektrischer Energie und Fernwärme

Brennstoffe wie z.B. Heizöl, Erdgas, Flüssiggas u.Ä., Treibstoffe wie z.B. Benzin, Diesel sowie der Bezug von elektrischer Energie und Fernwärme.

Aufwand für Mieten und Leasing von Gebäuden

Leasing- und Mietaufwendungen für die Benützung von bebauten Grundstücken, Baulichkeiten und Räumlichkeiten aller Art; des Weiteren die Mieten für Maschinen, maschinelle Anlagen (einschließlich EDV-Anlagen) sowie Geschäftspachten und Betriebskosten, wenn in der Miete inkludiert (alternativ unter Sonstige Sachaufwendungen zu erfassen). Nicht einzubeziehen sind Aufwendungen für Energie sowie die Pachten für unbebaute Grundstücke.

Aufwand für Mieten und Leasing von Maschinen und Transportmitteln

Leasing- und Mietaufwendungen für die Benützung beweglicher Güter.

Sonstige Sachaufwendungen

Dazu gehören insbesondere folgende Verwaltungsaufwendungen: Bürobetriebsaufwand (z.B. Büromaterial, Bücher, Reinigungsmittel etc.), Patent- und Lizenzgebühren (soweit nicht aktiviert), Aufwendungen für Rechts-, Betriebs- und Steuerberatung, Beiträge an freiwillige Berufsvertretungen, Inkasso- und Mahnbüros, Datenverarbeitungsdienstleistungen sowie sonstige Wirtschaftsdienste, Versicherungsprämien, Aufwendungen für Aus- und Weiterbildung, Diäten, Reisekosten, Kilometergeld, Aufwand für Werbung, Bewachungs- und Reinigungsfirmen, Post- und Telekommunikationsgebühren (Telefon, Telex usw.), Müllabfuhr, Kanalgebühr, Wasser und andere Aufwendungen für sonst nicht genannte Lieferungen und Leistungen von Dritten.

4. Investitionen

Unter Investitionen sind die steuerlich aktivierbaren Anschaffungen zum Anlagevermögen (nur Zugänge) im Berichtsjahr zu verstehen. Dazu gehören auch Leasinggüter, die sich im Anlagevermögen des Leasinggebers befinden, die jeweils geleisteten Anzahlungen sowie die Anlagen in Bau, die werterhöhenden Erweiterungen, Umbauten, Zubauten, Verbesserungen und Reparaturen, die die normale Nutzungsdauer verlängern, sowie die mittels Finanzierungsleasing beschafften Sachanlagen. Nicht einzubeziehen sind Aufwendungen für laufende Reparaturen und Instandhaltungen, der Wert gemieteter oder geleaster Ausrüstungsgüter (soweit sie nicht aktiviert

werden), der Erwerb von Finanzanlagen sowie im Rahmen von Restrukturierungen (wie Fusionen, Übernahmen, Auflösungen oder Abtrennungen) erworbene Güter. Die Investitionen sind mit ihren unverminderten Anschaffungskosten zu bewerten (d.h. vor Abzug der auf das Berichtsjahr (=Anschaffungsjahr) entfallenden Abschreibungen und ohne Übertragung stiller Reserven gem. § 12 EStG). Bei den Anschaffungskosten ist der tatsächlich bezahlte bzw. zu bezahlende Kaufpreis laut Eingangsfaktura abzüglich der Anschaffungspreisminderungen (Skonti, Rabatte und dgl.) und einschließlich aller Nebenkosten (wie z.B. Montage- und Transportkosten, Verpackung, Vertragserrichtungskosten, Vermittlungsprovisionen, Eintragungsgebühren, Grunderwerbssteuer) sowie aller Steuern und Abgaben (ohne USt) anzusetzen. Nicht einzubeziehen sind die Finanzierungskosten.

Unbebaute Grundstücke

Grundstücke sowie auch Wälder und Binnengewässer.

Altbauten (inkl. Wert der bebauten Grundstücke)

Investitionen in (bzw. der Erwerb von) Altbauten (inkl. Wert der bebauten Grundstücke) sowie der Erwerb von Räumlichkeiten in bereits bestehenden Gebäuden. Der Erwerb von neu errichteten Gebäuden ist hingegen in die Position Errichtung und Umbau von Gebäuden und Bauten einzustellen.

Errichtung und Umbau von Gebäuden und Bauten

Aufwendungen für die Errichtung oder den Umbau von Gebäuden und anderer Immobiliargüter sowie alle werterhöhenden Erweiterungen und Instandhaltungen. Ebenfalls der Erwerb neuer Gebäude, die noch nie genutzt wurden sowie Investitionen in feste Installationen wie z.B. Wasserversorgung, Zentralheizung, Klimaanlage, Beleuchtung. Nicht einzubeziehen sind die laufenden Instandhaltungskosten.

Maschinen und maschinelle Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung

Investitionen in Geräte, Maschinen und maschinelle Anlagen und in die Betriebs- und Geschäftsausstattung (inkl. Computer und ihrer Systemsoftware). Nicht einzubeziehen sind die Transportmittel.

darunter: Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen

Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen, Ein- und Ausgabeeinheiten, Speichereinheiten, andere periphere Einrichtungen, eingebaute Software sowie elektronische Büro-, Schreib- und Rechenmaschinen.

darunter: Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik

Telekommunikationstechnische Geräte und Einrichtungen, Rundfunk- und Fernsehgeräte, phono- und videotechnische Geräte; medizintechnische Geräte (nur zu Diagnose-, nicht zu Behandlungszwecken); elektronische Mess-, Kontroll- und

Navigationsgeräte.

Die Summe der beiden „darunter“-Positionen muss nicht 100% der übergeordneten Position „Maschinen und maschinelle Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung“ ergeben (d.h. es gibt eine nicht in einer eigenen Unterposition erfasste Restgröße), die Summe kann aber auch nicht größer als die übergeordnete Position sein.

Transportmittel

Alle Transportmittel des Unternehmens wie z.B. Kraftfahrzeuge, Lastwagen, Sonderfahrzeuge aller Art.

Gebrauchte Sachanlagen (ohne Altbauten)

Diese Kategorie umfasst gebrauchte Sachanlagen ohne Altbauten.

Geringwertige Wirtschaftsgüter

Geringwertige Wirtschaftsgüter sind Güter des Anlagevermögens, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten (für das einzelne Wirtschaftsjahr) 400 EUR nicht übersteigen und im selben Jahr zur Gänze (100%) steuerlich abgesetzt werden können.

Investitionen in Software

Kauf sowohl von Paket- als auch von individueller Software, inklusive der einmaligen Lizenzzahlungen für den Softwaregebrauch. Systemsoftware ist hier nicht anzuführen (siehe Maschinen und maschinelle Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung).

Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte sowie daraus abgeleitete Lizenzen

Immaterielle Investitionen in Konzessionen, Urheberrechte, Patente, Lizenzen, Handelsmarken und ähnliche Rechte wie z.B. Gebrauchsmuster, Bodennutzungs- und Schürfrechte, nicht aber ein erworbener Firmenwert.